

Beschlußempfehlung und Bericht **des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuß)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Brigitte Adler, Doris Barnett,
Ingrid Becker-Inglau, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
– Drucksache 13/7070 –**

Umsetzung der Aktionsplattform von Peking – Frauenpolitik der Vereinten Nationen stärken

A. Problem

Die Bundesregierung wird aufgefordert, sich auf internationaler Ebene verstärkt für eine Umsetzung der auf der 4. Weltfrauenkonferenz in Peking beschlossenen Aktionsplattform einzusetzen und dabei insbesondere auf die Verankerung des Gleichstellungsaspektes in allen Bereichen der Vereinten Nationen sowie allen inhaltlichen Programmen hinzuwirken. Außerdem soll sie die Arbeit der Vereinten Nationen im Bereich der Frauenpolitik durch verschiedene Maßnahmen aktiv unterstützen, zu denen u. a. die rasche Erstellung eines nationalen Aktionsplanes zur Umsetzung der Plattform gehört.

B. Lösung

Ablehnung des Antrages mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Abwesenheit der Gruppe der PDS.

Mehrheit im Ausschuß

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Antrag auf Drucksache 13/7070 wird abgelehnt.

Bonn, den 14. Januar 1998

Der Auswärtige Ausschuß

Dr. Karl-Heinz Hornhues

Vorsitzender

Dr. Erika Schuchardt

Berichterstatterin

Dr. Elke Leonhard

Berichterstatterin

Waltraud Schoppe

Berichterstatterin

Dr. Irmgard Schwaetzer

Berichterstatterin

**Bericht der Abgeordneten Dr. Erika Schuchardt, Dr. Elke Leonhard,
Waltraud Schoppe und Dr. Irmgard Schwaetzer****I.**

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 160. Sitzung am 27. Februar 1997 die Vorlage auf Drucksache 13/7070 an den Auswärtigen Ausschuß zur Federführung sowie an den Ausschuß für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, an den Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und an den Haushaltsausschuß zur Mitberatung überwiesen.

II.

Der Haushaltsausschuß beriet in seiner Sitzung vom 16. April 1997 den Antrag der Fraktion der SPD und lehnte ihn mehrheitlich mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und gegen die Stimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der PDS ab.

In seiner Sitzung am 14. Mai 1997 empfahl der Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion der

SPD, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der PDS, den Antrag auf Drucksache 13/7070 abzulehnen.

Am 12. November 1997 beschloß der Ausschuß für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, die Annahme des Antrages zu empfehlen. Dieser Beschluß wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD und der Gruppe der PDS gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Abwesenheit der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie F.D.P. gefaßt.

III.

Der federführende Auswärtige Ausschuß hat den Antrag der Fraktion der SPD auf Drucksache 13/7070 in seiner 77. Sitzung am 14. Januar 1998 beraten und beschlossen, ihn mit der Mehrheit der Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die antragstellende Fraktion und die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Abwesenheit der Gruppe der PDS abzulehnen.

Bonn, den 14. Januar 1998

Dr. Erika Schuchardt

Berichterstatlerin

Dr. Elke Leonhard

Berichterstatlerin

Waltraud Schoppe

Berichterstatlerin

Dr. Irmgard Schwaetzer

Berichterstatlerin

